

Beschlussempfehlung und Bericht des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
- Drucksache 16/8954 -**

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts

A. Problem

Aufgrund gesellschaftlicher Entwicklungen und veränderter Wertvorstellungen, insbesondere einer stärkeren Berücksichtigung der Persönlichkeitsrechte des Einzelnen, sowie durch die Akzeptanz nicht traditionell vorgegebener Lebensentwürfe hat sich im Erbrecht, vor allem im Pflichtteilsrecht, punktueller Änderungsbedarf ergeben. Für diesen hat das Bundesverfassungsgericht mit seiner Entscheidung vom 19. April 2005 (BVerfGE 112, 332 ff.) den Rahmen vorgegeben: Kernpunkt der Entscheidung ist die Feststellung, dass die grundsätzlich unentziehbare und bedarfsunabhängige Mindestbeteiligung der Kinder des Erblassers an dessen Nachlass durch die Erbrechtsgarantie und den Schutz der Familie nach Maßgabe des Grundgesetzes gewährleistet ist.

Weiterer Änderungsbedarf hat sich im Verjährungsrecht ergeben. Seit dem 1. Januar 2002 sind die Verjährungsvorschriften durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz mit einer Regelverjährung von drei Jahren grundlegend neu geordnet worden. Für die familien- und erbrechtlichen Ansprüche gilt eine Sonderverjährung von 30 Jahren. Die unterschiedliche Verjährung führt in der Praxis zu Wertungswidersprüchen und Schwierigkeiten bei der Abwicklung der betroffenen Rechtsverhältnisse.

Ziel des Entwurfs ist es, das Erbrecht unter Berücksichtigung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts durch punktuelle Änderungen an die heutigen Lebensverhältnisse anzupassen und die Verjährung der familien- und erbrechtlichen Ansprüche in das System der Regelverjährung des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) zu integrieren.

B. Lösung

Annahme des Gesetzentwurfs mit den Änderungen des Rechtsausschusses, die im Wesentlichen die Streichung der im Entwurf enthaltenen Neuregelung vorsehen, mit der die Berücksichtigung von Pflegeleistungen im Rahmen der Ausgleichung auf alle gesetzlichen Erben erstreckt werden sollte. Für Abkömmlinge soll die Anrechnung von Pflegeleistungen bei der Ausgleichung verbessert werden.

Annahme des Gesetzentwurfs in geänderter Fassung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf auf Drucksache 16/8954 in der aus der nachstehenden Zusammenstellung ersichtlichen Fassung anzunehmen.

Berlin, 17. Juni 2009

Der Rechtsausschuss

**Andreas Schmidt
(Mülheim)**
Vorsitzender

Ute Granold
Berichterstatte^rin

Christine Lambrecht
Berichterstatte^rin

Dirk Manzewski
Berichterstatte^r

Joachim Stünker
Berichterstatte^r

**Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger**
Berichterstatte^rin

Wolfgang Nešković
Berichterstatte^r

Jerzy Montag
Berichterstatte^r

elektronische Vorab-Fassung*

Zusammenstellung

des Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts

– Drs. 16/8954 –

mit den Beschlüssen des Rechtsausschusses (6. Ausschuss)

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts
Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1 Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:	Artikel 1 Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs Das Bürgerliche Gesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 2002 (BGBl. I S. 42, 2909, 2003 I S. 738), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:
1. § 197 wird wie folgt geändert:	1. un verändert
a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) Nummer 1 wird wie folgt gefasst: „1. Herausgabeansprüche aus Eigentum, anderen dinglichen Rechten, den §§ 2018, 2130 und 2362 sowie die Ansprüche, die der Geltendmachung der Herausgabeansprüche dienen,“.	
bb) Nummer 2 wird aufgehoben.	
b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Soweit“ die Wörter „Ansprüche	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
nach Absatz 1 Nummer 2 regelmäßig wiederkehrende Leistungen oder Unterhaltsleistungen und“ gestrichen.	
2. § 199 wird wie folgt geändert:	2. un v e r ä n d e r t
a) In der Überschrift wird das Wort „Höchstfristen“ durch das Wort „Verjährungshöchstfristen“ ersetzt.	
b) In Absatz 1 werden nach dem Wort „beginnt“ die Wörter „ , soweit nicht ein anderer Verjährungsbeginn bestimmt ist,“ eingefügt.	
<p>c) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 3a eingefügt:</p> <p>„(3a) Ansprüche, die auf einem Erbfall beruhen oder deren Geltendmachung die Kenntnis einer Verfügung von Todes wegen voraussetzt, verjähren ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in 30 Jahren von der Entstehung des Anspruchs an.“</p>	
<p>d) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Andere Ansprüche als die nach den Absätzen 2 bis 3a verjähren ohne Rücksicht auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von ihrer Entstehung an.“</p>	
<p>3. § 207 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„2. dem Kind und</p>	3. un v e r ä n d e r t

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>a) seinen Eltern oder b) dem Ehegatten oder Lebenspartner eines Elternteils</p> <p>bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres des Kindes,“.</p>	
<p>4. § 1302 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 1302 Verjährung</p> <p>Die Verjährungsfrist der in den §§ 1298 bis 1301 bestimmten Ansprüche beginnt mit der Auflösung des Verlöbnisses.“</p>	<p>4. un verändert</p>
<p>5. § 1378 Absatz 4 wird aufgehoben.</p>	<p>5. un verändert</p>
<p>6. § 1390 Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Die Verjährungsfrist des Anspruchs beginnt mit der Beendigung des Güterstands.“</p>	<p>6. un verändert</p>
<p>7. In § 1513 Absatz 1 Satz 2 wird die Angabe „bis 4“ durch die Angabe „und 3“ ersetzt.</p>	<p>7. un verändert</p>
<p>8. In § 1600b Absatz 5 Satz 3 wird nach dem Wort „sind“ die Angabe „§ 204 Absatz 1 Nummer 4, 8, 13, 14 und Absatz 2 sowie“ eingefügt.</p>	<p>8. un verändert</p>
<p>9. § 1836e wird wie folgt geändert:</p>	<p>9. § 1836e wird wie folgt geändert:</p>
<p>a) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „zehn“ durch das Wort „drei“ ersetzt.</p>	<p>a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben.</p>
<p>b) In Absatz 2 wird die Zahl „2“ durch die Zahl „3“ ersetzt.</p>	<p>b) un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>10. § 1936 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 1936 Gesetzliches Erbrecht des Staates</p> <p>Ist zur Zeit des Erbfalls kein Verwandter, Ehegatte oder Lebenspartner des Erblassers vorhanden, erbt das Land, in dem der Erblasser zur Zeit des Erbfalls seinen letzten Wohnsitz oder, wenn ein solcher nicht feststellbar ist, seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte. Im Übrigen erbt der Bund.“</p>	<p>10. un verändert</p>
<p>11. Dem § 2050 wird folgender Absatz angefügt:</p> <p style="text-align: center;">„(4) Der Erblasser kann nachträglich Anordnungen über die Ausgleichung oder den Ausschluss der Ausgleichung von Zuwendungen treffen. Die Anordnung erfolgt durch Verfügung von Todes wegen.“</p>	<p>11. entfällt</p>
<p>12. Dem § 2053 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 2050 Abs. 4 gilt entsprechend.“</p>	<p>12. entfällt</p>
<p>13. § 2057a Absatz 1 Satz 2 wird gestrichen.</p>	<p>11. § 2057a Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„Dies gilt auch für einen Abkömmling, der den Erblasser während längerer Zeit gepflegt hat.“</p>
<p>14. Nach § 2057a wird folgender § 2057b angefügt:</p>	<p>14. entfällt</p>
<p style="text-align: center;">„§ 2057b</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<i>Ausgleichungspflicht bei Pflegeleistungen eines gesetzlichen Erben</i>	
<i>(1) Ein gesetzlicher Erbe, der den Erblasser während längerer Zeit gepflegt hat, kann bei der Auseinandersetzung die Ausgleichung dieser Leistung verlangen. § 2052 und § 2057a Abs. 2 und 4 gelten entsprechend.</i>	
<i>(2) Die Höhe des Ausgleichsbetrags bemisst sich in der Regel nach den zur Zeit des Erbfalls in § 36 Abs. 3 des Elften Buches Sozialgesetzbuch vorgesehenen Beträgen.“</i>	
15. § 2182 wird wie folgt geändert:	12. unverändert
a) In der Überschrift wird das Wort „Gewährleistung“ durch das Wort „Haftung“ ersetzt.	
b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:	
aa) In Satz 1 werden die Wörter „eine nur der Gattung nach bestimmte Sache“ durch die Wörter „ein nur der Gattung nach bestimmter Gegenstand“ ersetzt.	
bb) In Satz 2 werden die Wörter „die Sache“ durch die Wörter „den Gegenstand“ ersetzt.	
16. § 2183 wird wie folgt geändert:	13. unverändert
a) In der Überschrift wird das Wort „Gewährleistung“ durch das Wort	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
„Haftung“ ersetzt.	
<p>b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Hat der Beschwerte einen Sachmangel arglistig verschwiegen, so kann der Vermächtnisnehmer anstelle der Lieferung einer mangelfreien Sache Schadensersatz statt der Leistung verlangen, ohne dass er eine Frist zur Nacherfüllung setzen muss.“</p>	
<p>c) In Satz 3 werden die Wörter „Gewährleistung wegen Mängeln einer verkauften“ durch die Wörter „Sachmängelhaftung beim Kauf einer“ ersetzt.</p>	
<p>17. In § 2204 wird die Angabe „2056“ durch die Angabe „2057b“ ersetzt.</p>	<p>14. In § 2204 wird die Angabe „2056“ durch die Angabe „2057a“ ersetzt.</p>
<p>18. § 2278 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Andere Verfügungen als</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Erbeinsetzungen, 2. Vermächtnisse, 3. Auflagen und 4. Anordnungen nach den §§ 2050, 2053 und 2315 <p>können vertragsmäßig nicht getroffen werden.“</p>	<p>18. entfällt</p>
<p>19. § 2287 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Die Verjährungsfrist des Anspruchs beginnt mit dem Erbfall.“</p>	<p>15. unverändert</p>
<p>20. In § 2297 Satz 2 wird die Angabe „bis 4“</p>	<p>16. unverändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
durch die Angabe „und 3“ ersetzt.	
<p>21. Dem § 2305 wird folgender Satz angefügt:</p> <p>„Bei der Berechnung des Wertes bleiben Beschränkungen und Beschwerungen der in § 2306 bezeichneten Art außer Betracht.“</p>	<p>17. un verändert</p>
<p>22. In § 2306 Absatz 1 werden die Wörter „so gilt die Beschränkung oder die Beschwerde als nicht angeordnet, wenn der ihm hinterlassene Erbteil die Hälfte des gesetzlichen Erbteils nicht übersteigt. Ist der hinterlassene Erbteil größer, so kann der Pflichtteilsberechtigte“ durch die Wörter „so kann er“ ersetzt.</p>	<p>18. un verändert</p>
<p>23. Dem § 2315 Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:</p> <p>„Gleiches gilt, wenn der Erblasser die Anrechnung nachträglich bestimmt hat. Der Erblasser kann seine Anordnungen über die Anrechnung nachträglich ändern. Nachträgliche Anordnungen erfolgen durch Verfügung von Todes wegen.“</p>	<p>23. entfällt</p>
<p>24. Dem § 2316 Absatz 1 wird folgender Satz angefügt:</p> <p>„Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für die Pflichtteilsberechtigten bei der Ausgleichung von Pflegeleistungen nach § 2057b.“</p>	<p>24. entfällt</p>
<p>25. § 2325 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Die Schenkung wird innerhalb des ersten Jahres vor dem Erbfall in vollem</p>	<p>19. un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>Umfang, innerhalb jedes weiteren Jahres vor dem Erbfall um jeweils ein Zehntel weniger berücksichtigt. Sind zehn Jahre seit der Leistung des verschenkten Gegenstandes verstrichen, bleibt die Schenkung unberücksichtigt. Ist die Schenkung an den Ehegatten erfolgt, so beginnt die Frist nicht vor der Auflösung der Ehe.“</p>	
<p>26. § 2331a Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Der Erbe kann Stundung des Pflichtteils verlangen, wenn die sofortige Erfüllung des gesamten Anspruchs für den Erben wegen der Art der Nachlassgegenstände eine unbillige Härte wäre, insbesondere wenn sie ihn zur Aufgabe des Familienheims oder zur Veräußerung eines Wirtschaftsguts zwingen würde, das für den Erben und seine Familie die wirtschaftliche Lebensgrundlage bildet. Die Interessen des Pflichtteilsberechtigten sind angemessen zu berücksichtigen.“</p>	<p>20. un verändert</p>
<p>27. § 2332 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 2332 Verjährung</p> <p>(1) Die Verjährungsfrist des dem Pflichtteilsberechtigten nach § 2329 gegen den Beschenkten zustehenden Anspruchs beginnt mit dem Erbfall.</p> <p>(2) Die Verjährung des Pflichtteilsanspruchs und des Anspruchs nach § 2329 wird nicht dadurch gehemmt, dass die Ansprüche erst nach der Ausschlagung der Erbschaft oder eines</p>	<p>21. un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
Vermächtnisses geltend gemacht werden können.“	
<p>28. § 2333 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 2333 Entziehung des Pflichtteils</p> <p>(1) Der Erblasser kann einem Abkömmling den Pflichtteil entziehen, wenn der Abkömmling</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. dem Erblasser, dem Ehegatten des Erblassers, einem anderen Abkömmling oder einer dem Erblasser ähnlich nahe stehenden Person nach dem Leben trachtet; 2. sich eines Verbrechens oder eines schweren vorsätzlichen Vergehens gegen eine der in Nummer 1 bezeichneten Personen schuldig macht; 3. die ihm dem Erblasser gegenüber gesetzlich obliegende Unterhaltspflicht böswillig verletzt oder 4. wegen einer vorsätzlichen Straftat zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung rechtskräftig verurteilt wird und die Teilhabe des Abkömmlings am Nachlass deshalb für den Erblasser unzumutbar ist. Gleiches gilt, wenn die Unterbringung des Abkömmlings in einem psychiatrischen Krankenhaus oder in einer Entziehungsanstalt wegen einer 	<p>22. un verändert</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>ähnlich schwerwiegenden vorsätzlichen Tat rechtskräftig angeordnet wird.</p> <p>(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die Entziehung des Eltern- oder Ehegattenpflichtteils.“</p>	
29. Die §§ 2334 und 2335 werden aufgehoben.	23. un v e r ä n d e r t
30. § 2336 wird wie folgt geändert:	24. un v e r ä n d e r t
<p>a) Dem Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:</p> <p>„Für eine Entziehung nach § 2333 Absatz 1 Nummer 4 muss zur Zeit der Errichtung die Tat begangen sein und der Grund für die Unzumutbarkeit vorliegen; beides muss in der Verfügung angegeben werden.“</p>	
b) Absatz 4 wird aufgehoben.	
31. In § 2352 wird die Angabe „ , 2348“ durch die Angabe „bis 2349“ ersetzt.	25. un v e r ä n d e r t
32. § 2376 wird wie folgt geändert:	26. un v e r ä n d e r t
<p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „Verpflichtung des Verkäufers zur Gewährleistung wegen eines Mangels im Recht beschränkt sich auf die Haftung dafür“ durch die Wörter „Haftung des Verkäufers für Rechtsmängel beschränkt sich darauf“ ersetzt.</p>	

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Für Sachmängel eines zur Erbschaft gehörenden Gegenstands haftet der Verkäufer nicht, es sei denn, dass er einen Mangel arglistig verschwiegen oder eine Garantie für die Beschaffenheit des Gegenstands übernommen hat.“</p>	
<p>33. In der Inhaltsübersicht werden die einzelnen Paragraphen und die zugehörigen Angaben gestrichen.</p>	<p>27. un verändert</p>
<p style="text-align: center;">Artikel 2</p> <p style="text-align: center;">Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche</p> <p>Dem Artikel 229 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, 1997 I S. 1061), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird folgender § [17] angefügt:</p>	<p style="text-align: center;">Artikel 2</p> <p style="text-align: center;">Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche</p> <p>Dem Artikel 229 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2494, 1997 I S. 1061), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird folgender § [21] angefügt:</p>
<p style="text-align: center;">„§ [17]</p> <p>Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts</p>	<p style="text-align: center;">„§ [21]</p> <p>Überleitungsvorschrift zum Gesetz zur Änderung des Erb- und Verjährungsrechts</p>
<p>(1) Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Verjährung in der seit dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung sind auf die an diesem Tag bestehenden und nicht verjährten Ansprüche anzuwenden. Der Beginn der Verjährung und die Verjährungsfrist bestimmen sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3</p>	<p>(1) Die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Verjährung in der seit dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung sind auf die an diesem Tag bestehenden und nicht verjährten Ansprüche anzuwenden. Der Beginn der Verjährung und die Verjährungsfrist bestimmen sich nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der vor dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung, wenn bei Anwendung dieser Vorschriften die Verjährung früher vollendet wird</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p>Satz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung, wenn bei Anwendung dieser Vorschriften die Verjährung früher vollendet wird als bei Anwendung der entsprechenden Vorschriften nach Satz 1.</p>	<p>als bei Anwendung der entsprechenden Vorschriften nach Satz 1.</p>
<p>(2) Bestimmen sich der Beginn und die Verjährungsfrist nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der seit dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung, beginnt die Frist nicht vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes]. Läuft die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung bestimmte Verjährungsfrist früher ab als die Verjährungsfrist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch in der seit dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes] geltenden Fassung, ist die Verjährung mit Ablauf der Frist nach den vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes] geltenden Vorschriften vollendet.</p>	<p>(2) Bestimmen sich der Beginn und die Verjährungsfrist nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der seit dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung, beginnt die Frist nicht vor dem 1. Januar 2010. Läuft die nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der vor dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung bestimmte Verjährungsfrist früher ab als die Verjährungsfrist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch in der seit dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung, ist die Verjährung mit Ablauf der Frist nach den vor dem 1. Januar 2010 geltenden Vorschriften vollendet.</p>
<p>(3) Die Hemmung der Verjährung bestimmt sich für den Zeitraum vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 1 dieses Gesetzes] nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zu diesem Tag geltenden Fassung.</p>	<p>(3) Die Hemmung der Verjährung bestimmt sich für den Zeitraum vor dem 1. Januar 2010 nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der bis zu diesem Tag geltenden Fassung.</p>
<p>(4) Für die Frist nach § 1836e Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuchs gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.</p>	<p>(4) entfällt</p>
<p>(5) Im Übrigen gelten für Erbfälle vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3</p>	<p>(4) Im Übrigen gelten für Erbfälle vor dem 1. Januar 2010 die Vorschriften des Bürgerlichen</p>

Entwurf	Beschlüsse des 6. Ausschusses
<p><i>Satz 2 dieses Gesetzes] die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der vor dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 2 dieses Gesetzes] geltenden Fassung. Für Erbfälle seit dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 2 dieses Gesetzes] gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der seit dem ... [einsetzen: Datum des Inkrafttretens nach Artikel 3 Satz 2 dieses Gesetzes] geltenden Fassung, unabhängig davon, ob an Ereignisse aus der Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Vorschriften angeknüpft wird.“</i></p>	<p>Gesetzbuchs in der vor dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung. Für Erbfälle seit dem 1. Januar 2010 gelten die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der seit dem 1. Januar 2010 geltenden Fassung, unabhängig davon, ob an Ereignisse aus der Zeit vor dem Inkrafttreten dieser Vorschriften angeknüpft wird.“</p>
<p style="text-align: center;">Artikel 3 Inkrafttreten</p> <p><i>Artikel 1 Nr. 1 bis 6, 8, 9 Buchstabe a, Nr. 19 und 27 tritt am 1. Januar ... [einsetzen: Jahresdatum] in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am Tag nach der Verkündung in Kraft.</i></p>	<p style="text-align: center;">Artikel 3 Inkrafttreten</p> <p>Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2010 in Kraft.</p>

elektronische Vorab-Fassung*

Bericht der Abgeordneten Ute Granold, Christine Lambrecht, Dirk Manzewski, Joachim Stünker, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Wolfgang Nešković und Jerzy Montag

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 16/8954 in seiner 163. Sitzung am 29. Mai 2008 beraten und an den Rechtsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8954 in seiner 135. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. deren Annahme in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8954 in seiner 92. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme der Änderungsanträge auf Ausschussdrucksache 16(6)327 sowie mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs in der Fassung der Beschlussempfehlung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8954 in seiner 125. Sitzung am 17. Juni 2009 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. deren Annahme in der Fassung der Beschlussempfehlung.

III. Beratung im Rechtsausschuss

Zu den Beratungen lagen dem Rechtsausschuss mehrere Petitionen vor.

Der Rechtsausschuss hat die Vorlage in seiner 105. Sitzung am 18. Juni 2008 sowie in seiner 107. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und beschlossen, zu dem Gesetzentwurf eine öffentliche Anhörung durchzuführen, die er in seiner 112. Sitzung am 8. Oktober 2008 durchgeführt hat. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Prof. Dr. Barbara Dauner-Lieb	Universität Köln
Prof. Dr. Knut Werner Lange	Universität Bayreuth
Dr. Wolfgang Litzemberger	Notar, Mainz
Dr. Jörg Mayer	Notar, Simbach
Dr. Angelika Nake	Rechtsanwältin, Darmstadt
Prof. (em.) Dr. Gerhard Otte	Universität Bielefeld
Prof. Dr. Thomas Pfeiffer	Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Prof. Dr. Peter Rawert	Notar, Hamburg
Dr. Gerhard Schlichting	Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe

Hinsichtlich des Ergebnisses der Anhörung wird auf das Protokoll der 112. Sitzung vom 8. Oktober 2008 mit den anliegenden Stellungnahmen der Sachverständigen verwiesen.

Der Rechtsausschuss hat die Vorlage in seiner 146. Sitzung am 17. Juni 2009 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme in der aus der Ausschussdrucksache 16(6)327 ersichtlichen Fassung.

IV. Zur Begründung der Beschlussempfehlung

Im Folgenden werden lediglich die vom Rechtsausschuss angenommenen Änderungen am ursprünglichen Gesetzentwurf begründet. Soweit der Rechtsausschuss die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs empfiehlt, wird auf die jeweilige Begründung in der Drucksache 16/8954 verwiesen. Die Stellungnahme des Bundesrates zum

ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung ergibt sich aus Anlage 3 (S. 29) die darauf erfolgte Gegenäußerung der Bundesregierung aus Anlage 4 (S. 35) zu Drucksache 16/8954.

A. Allgemeines

Aufgrund der Stellungnahme des Bundesrates, der Gegenäußerung der Bundesregierung, der Sachverständigenanhörung und seiner eigenen Beratungen empfiehlt der Ausschuss im Wesentlichen eine Änderung in § 2057a Abs. 1 Satz 2 BGB zur Verbesserung der Anrechnung von Pflegeleistungen.

B. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu Artikel 1 (Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuchs):

Zu Nummer 9 – alt (§ 1836e BGB)

Die Erlöschensfrist für den Rückgriffsanspruch der Staatskasse wird gestrichen. Der Rückgriffsanspruch unterliegt damit nur noch der Verjährung. Nicht festgesetzte Ansprüche bei tatsächlicher Mittellosigkeit des Mündels oder Betreuten (§ 1836d Nr. 1 erste Alternative, § 1908i Abs. 1 Satz 1) verjähren in drei Jahren; rechtskräftig festgesetzte Ratenzahlungen können innerhalb von 30 Jahren eingezogen werden (§ 197 Abs. 1 Nr. 3). Im Übrigen kann ein Neubeginn der Verjährungsfrist durch Vornahme behördlicher oder gerichtlicher Vollstreckungsmaßnahmen erreicht werden, § 212 Abs. 1 Nr. 2. Angesichts der jetzt dreijährigen Verjährungsfrist des Regressanspruchs ist eine Erlöschensfrist von zehn Jahren, die im Hinblick auf die bisherige 30-jährige Regelverjährung zugunsten des Anspruchsschuldners die zeitliche Begrenzung des Rückgriffsanspruchs bezweckte, systemwidrig.

Zu Nummern 11 und 12 – alt (§§ 2050, 2053 BGB)

Der Vorschlag, mit dem die Möglichkeit geschaffen werden sollte, die Ausgleichung von Zuwendungen unter Abkömmlingen auch noch nachträglich anzuordnen oder eine solche

Anordnung rückgängig zu machen, entfällt. Das Vertrauen des Zuwendungsempfängers darauf, dass nicht nachträglich noch Auswirkungen der Zuwendung auf den späteren Erbteil entstehen, ist zu schützen.

Zu Nummer 11 – neu (§ 2057a BGB)

Die bisherige Rechtslage, nach der Pflegeleistungen nur im Rahmen einer Ausgleichung unter Abkömmlingen berücksichtigt werden können, soll beibehalten werden. Eine Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten führt zu einer Vielzahl von Folgeproblemen und Abgrenzungsfragen. Mit dem Tatbestandsmerkmal „unter Verzicht auf berufliches Einkommen“ benachteiligt die geltende Rechtslage allerdings gerade diejenigen Abkömmlinge, die zusätzlich zu ihrer beruflichen Tätigkeit noch die Pflege eines Eltern- oder Großelternanteils übernehmen und dadurch doppelt belastet sind. Diese Anspruchsvoraussetzung soll daher entfallen.

Zu Nummer 14 – alt (§ 2057b BGB)

Die im Entwurf vorgesehene Neuregelung, mit der die Berücksichtigung von Pflegeleistungen im Rahmen der Ausgleichung auf alle gesetzlichen Erben erstreckt werden sollte, wird aus den zu Nummer 11 (neu) dargelegten Gründen gestrichen.

Zu Nummer 18 – alt (§ 2278 BGB)

Es handelt sich um eine Folgeänderung zur Streichung von Nummer 11 (alt) und 12 (alt). Die Anpassung des § 2278 Abs. 2 mit der neu vorgesehenen Nummer 4 kann entfallen.

Zu Nummer 23 – alt (§ 2315 BGB)

Die im Entwurf vorgesehene Möglichkeit, nachträglich die Anrechnung von Zuwendungen auch auf den Pflichtteil zu bestimmen und solche Anordnungen nachträglich zu ändern, entfällt. Entsprechend der Begründung zur Streichung von Nummern 11 (alt) und 12 (alt) ist auch hier das Vertrauen des Zuwendungsempfängers darauf, dass sich nicht noch nachträglich Auswirkungen einer vorbehaltlos empfangenen Zuwendung auf den Pflichtteil ergeben, schutzwürdig.

Zu Nummer 24 – alt (§ 2316 BGB)

Folgeänderung zur Streichung von Nummer 14 (alt).

Zu Artikel 2 (Änderung des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche)

Es handelt sich um Folgeänderungen, da die Erlöschensfrist (§ 1836e Abs. 1 Satz 2 BGB) gestrichen wird. Außerdem wird das Inkrafttreten zum 1. Januar 2010 (Artikel 3) berücksichtigt.

Zu Artikel 3 (Inkrafttreten)

Im Hinblick auf die im Entwurf enthaltenen Änderungen von Verjährungsvorschriften ist es sachgerecht, das Gesetz insgesamt zum 1. Januar 2010 in Kraft treten zu lassen.

Berlin, 17. Juni 2009

Ute Granold

Berichterstatterin

Christine Lambrecht

Berichterstatterin

Dirk Manzewski

Berichterstatter

Joachim Stünker

Berichterstatter

**Sabine Leutheusser-
Schnarrenberger**

Berichterstatterin

Wolfgang Nešković

Berichterstatter

Jerzy Montag

Berichterstatter